

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pf. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 100 Pfg., von auswärts 125 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklamezeile 300 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Volkshaus, Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 8200.

Nr. 117

Freitag, den 21. Mai 1920

11. Jahrgang

Gründung des Völkerbundes.

Die Kriegspolitik der Sozialdemokratie.

Im Danziger Wahlkampf spielte die „Kriegspolitik der deutschen Sozialdemokratie“ unter den unabhängigen Einstellungen nicht die geringste Rolle. Deshalb lassen wir nachstehend einen Artikel des „Vorwärts“ folgen, der sich mit dieser Frage als Antwort auf die Verleumdungen der unabhängigen Berliner „Freiheit“ beschäftigt.

Red. der „Danziger Volksstimme“.

Die „Freiheit“, die jeden Wahlkampf gegen die bürgerlichen Parteien für ganz überflüssig zu halten scheint, begründet heute vielversprechend eine Reihe von Artikeln, die sich ausschließlich gegen die Sozialdemokratische Partei wenden sollen. Der erste ist der Kriegspolitik der Partei gewidmet, das Bild, das von ihr entworfen wird, ist von geradezu irrenhaftem Hof verzerrt.

Wahr von all dem, was die „Freiheit“ schreibt, ist nur, daß die Sozialdemokratische Partei die Kriegskredite bewilligt hat. Ob das richtig war, oder nicht, darüber ist viel gestritten worden, aber die beste Antwort auf diese Frage ist der Frieden von Versailles. Den hat die Sozialdemokratische Partei nicht gewollt. Sie hat die Stärke der imperialistischen Strömungen in den Ländern der Gegner erkannt und hat vorausgesehen, daß dem deutschen Volk ein fürchterlicher Frieden drohe, wenn es einmal blutend am Boden liege. Deutschland kämpfte gegen eine zehnfache Uebermacht, es konnte im allerbesten Falle so liegen, daß es gerade nicht vollständig geschlagen wurde. Die vollständige Niederlage Deutschlands und den Frieden von Versailles wollte die Sozialdemokratische Partei nicht, und deshalb hat sie die Kriegskredite bewilligt.

Als der Krieg begann, war man sich fast in der ganzen Partei darüber einig, daß gar nicht anders gehandelt werden könne. In der Fraktion stimmte nur ein kleiner Teil von 13 Mann (wovon später einer noch zu den Bewilligern überging) gegen die Bewilligung. Die meisten von denen, die später die Partei wegen dieser Haltung angriffen, haben sie selbst mit allergrößtem Eifer auf diesem Weg gedrängt. Die leidenschaftlichste Rede für die Bewilligung hielt z. B. in der Fraktion der jetzige unabhängige Reichstagskandidat Dittmann.

Einzelne Parteigenossen verstanden allerdings diese Verteidigungspolitik der Partei nicht richtig und ließen sich von hurrapatorischen Strömungen mit fortreißen. Davor hat der Parteivorstand wiederholt in Zirkularen gewarnt. So mußte er sich u. a. gegen den verstorbenen Abgeordneten und damaligen „Vorwärts“-Redakteur Stadthagen, einen Mann vom ultraradikalen Flügel wenden, weil er namens der „Vorwärts“-Redaktion dem Oberkommando eine verfliegene patriotische Erklärung abgegeben hatte.

Trotz dieser gelegentlichen Ausschreitungen, in deren Schuld sich Radikale und Revisionisten teilten, blieb die große Linie der Parteipolitik vollkommen klar. Für die Verteidigung, für den Verständigungsfrieden, gegen das Bluten bis zum Ende, gegen die asidewische Gewaltpolitik! Die „Freiheit“ stellt die Sache so dar, als ob die Sozialdemokratische Partei mit der alldeutschen Gewalt- und Annexionspolitik Hand in Hand gegangen wäre. Eine solche Darstellung kann nur jemand sehen, dem es darauf ankommt, die Partei zu verdammen ohne jede Rücksicht auf die geschichtliche Tatsache, daß alle innerpolitischen Kämpfe während des Krieges zwischen den kreditbewilligenden Sozialdemokraten und den alldeutschen ausgefochten wurden. Gerade in Scheidemann und dem von ihm angestrebten Frieden der Verständigung, dem von ihnen so benannten Scheidemann-Frieden haben die Alldeutschen ihren einzigen gefährlichen Feind. Die „Kreuzzeitung“ drohte, man werde Ebert und Scheidemann auf den Sandhaufen stellen und erschließen lassen. Der „Vorwärts“ wurde unter seiner gegenwärtigen Redaktion vom Oberkommando in den Marken immer wieder verboten, und schließlich steigerten sich die fortgesetzten Schikanen im Januar 1918 zu dem Versuch, ihn wegen angeblicher Vandalenverrats vor das außerordentliche Kriegsgericht zu bringen. So sah das angeblich so zärtliche Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und der Militärpartei in Wirklichkeit aus.

Die Politik der Sozialdemokratie hat den angestrebten Erfolg nicht erreicht. Die damaligen Nachahmer waren blind und taub gegen alle Warnungen. Sie fielen in den Untergang und rissen das ganze deutsche Volk mit herein. Sie begriffen nicht, daß der grundsätzliche Verzicht auf jeden Gewaltfrieden das einzige Mittel war, zu verhindern, daß das deutsche Volk den Gewaltfrieden erlitt. Sie erkannten nicht, daß in dem rechtzeitigen Uebergang Deutschlands zur Demokratie, wie ihn die Sozialdemokratische Partei unabhängig forderte, das einzige Mittel lag, den Gegensatz zwischen Deutschland und dem größten Teil der übrigen Welt zu lindern und den Berg von Feindschaft, der sich gegen uns aufstürzte, abzutragen. Als aber dem deutschen Volke die Binde von den Augen genommen wurde, da erkannte es — zu spät! —, daß die sozialdemokratische Politik im Gegensatz zu jener Militärpartei, die einzig richtige gewesen ist.

Hätte die Sozialdemokratische Partei die Kriegskredite verweigert, so würde heute die reaktionär-nationalistische Agitation mit einem Ansehen von Recht den Vorwurf erheben können, sie trage die Schuld an dem Frieden von Versailles. Der Versuch, der Sozialdemokratie diese Schuld zuzuschreiben und sie von den alten Machthabern abzuwälzen, wird ja immer wieder gemacht. Während die Unabhängigen gegen uns den blödsinnigen Vorwurf erheben, wir hätten für den alldeutschen Sieg gearbeitet, erheben die Alldeutschen gegen uns den ebenso blödsinnigen Vorwurf, wir — und nicht sie — seien schuld an der völligen Niederlage und dem uns aufgezwungenen Gewaltfrieden. Diese beiden Vorwürfe heben sich gegenseitig auf und werden widerlegt durch die tatsächliche Haltung der Partei.

Die „Freiheit“ scheint sogar nicht davor zurück, die alte Lüge aufzuwärmen, die Mehrheit habe sich „mit Hilfe des Oberkommandos“ des „Vorwärts“ bemächtigt. Der „Vorwärts“ war seit je Zentralorgan der Partei: Parteivorstand und Berliner Preßkommission hatten gemeinsam über seine Haltung zu beschließen. Die damalige Preßkommission verfuhr aber die Mehrheit der Partei und den Parteivorstand in ihrem eigenen Sinne vollkommen auszuschalten und mundtot zu machen. In dieser Lage machte der Parteivorstand der Opposition den Vorschlag, den „Vorwärts“ in zwei Blätter zu teilen, von denen eines das Organ der Berliner, das andere Organ der Gesamtpartei sein sollte. Die Opposition wies diesen Vorschlag hohnvoll ab. Darüber kam es zum Konflikt, in dem der „Vorwärts“ auf Grund der gezeichneten Rechtslage der Sozialdemokratischen Partei erhalten blieb. Die weitere Entwicklung hat dann gezeigt, daß der Parteivorstand geradezu pflichtvergessen gehandelt hätte, hätte er das Zentralorgan der Partei einer neuen Partei überlassen, die die alle mit den skrupellosesten Mitteln bekämpfte.

Die „Freiheit“ kündigt einen weiteren Artikel an, der „die praktische Kriegspolitik der Rechtssozialisten, ihre Stellung zu den einzelnen Problemen und ihre Wirksamkeit im Reichstag beleuchten“ soll. Nach den bisherigen Proben verspricht die Sache recht heiter zu werden. Diese Aufwärmung der ältesten, hundertmal widerlegten Geschichten dient dem edlen Zweck, die Einigung der Arbeiterschaft zu hintertreiben und der Sozialdemokratischen Partei in ihrem Kampfe um eine erhöhte Machtposition der Arbeiterbewegung in den Rücken zu fallen. Wir möchten die „Freiheit“ fragen, wann und wie sie die Einigung, ohne die der entscheidende Sieg nicht zu gewinnen ist, erreichen will, wenn sie nach dieser unwahrhaftigen Methode fortfährt. Sie hat gewiß das Recht, ihren Standpunkt in der Frage der Kriegskredite zu vertreten, obwohl es heute wichtigeres zu tun gibt, aber sie sollte anständigere Weise den Unterscheidenden den guten Glauben zubilligen und die ehrliche Absicht, mit seiner Politik der Arbeiterklasse zu dienen.

Durch ihre Art des Kampfes setzt sie sich aber dem Verdacht aus, Stank und Krakehl um jeden Preis treiben, die Einigung um jeden Preis unterbinden, den Sieg der Sozialdemokratie gegen rechts um jeden Preis verhindern zu wollen. Damit könnte sie aber nur den Beweis erbringen, daß jede Stimme, die am 6. Juni für die Unabhängigen abgegeben wird, bloß dem Zweck der Selbstzerfleischung dient, und dem Ganzen der Arbeiterbewegung verloren geht!

Die feierliche Gründungsfeier des Völkerbundes in Rom.

Aus Rom wird unter dem 20. Mai gemeldet: Heute vormittag wurde auf dem Kapitol unter Vorsitz Tittonis die feierliche Sitzung des Völkerbundes abgehalten.

Tittoni hielt eine Rede, in der er erklärte, der Völkerbund könne erst heute als gegründet bezeichnet werden. Vom kapitalistischen Hügel aus gehe das Wort des Friedens und der Brüderlichkeit der Völker in die Welt. Niemals hätten die Völker mehr nach Frieden und Gerechtigkeit gegehnt, als nach diesem Kriege, der die einen übermäßig bereicherte, die anderen arm machte und selbst unter den Siegern Schäden und Vorteile nicht gleich verteilte. Innerhalb der einzelnen Stände haben sich die Klassengegensätze verstärkt. Die ganze Welt ist vom Geiste der Unruhe und Rebellion angefüllt. Mit der Zeit würden die voneinander abweichenden Auffassungen über die Durchführung der Aufgaben des Völkerbundes schwinden.

Die letzten Friedensschlüsse enthalten Keime zu neuem Kriege. Bei den meisten Nationen herrsche Misstrauen gegen den Völkerbund, das nur durch Taten zu beseitigen sein wird. Die erste dieser Taten ist die Verpflichtung aller Teilnehmer des Völkerbundes, internationale Verträge zu veröffentlichen und die Auffstellung des Programms der Finanzkonferenz in Brüssel, das zur Rettung der Weltwirtschaft Solidarität aller Völker empfiehlt. Andere Fragen würden allgemach gelöst werden, vor allem die, daß sämtliche Staaten der Welt am Völkerbund teilnehmen, wodurch erst der wahre Völkerbund geschaffen wird.

Nach Tittonis Rede referierte der Vertreter Griechenlands über den Mitgliederbestand des Völkerbundes, dem gegenwärtig 37 Staaten angehören. Bourgeois berichtete über die internationale Finanzkonferenz, der Vertreter Belgiens über die Antwort, die an Sowjetrußland zu erteilen ist, der Vertreter Brasiliens über die Bekämpfung des Typhus in Osteuropa.

Krise in der Reichsregierung.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wurde von den Unabhängigen ein Antrag eingebracht, daß der Belagerungszustand im ganzen Reiche im Hinblick auf die kommenden Wahlen aufgehoben werden soll.

Gen. Loebte teilte mit, daß die sozialdemokratische Fraktion für den Antrag stimmen würde. Reichsminister Koch erklärte, daß es nicht angängig ist, den Ausnahmezustand überall aufzuheben, da die Wahlen gesichert werden müssen, doch soll geprüft werden, wie weit eine Milderung möglich ist. Der Antrag wurde mit den Stimmen der stark besetzten sozialdemokratischen Partei angenommen.

Wie der „Vorwärts“ schreibt, ist praktisch dieser Ausnahmezustand in sehr wenigen Bezirken bemerkbar gewesen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ sagt, daß es nicht angenommen werden kann, daß die Sozialdemokraten ein Verbot hätten geben wollen, das gegen die Person des Reichsministers Koch gerichtet gewesen wäre. Zweifellos liege es nicht im Interesse des Reiches, im letzten Augenblick vor den Wahlen eine Verwirrung zu stiften, die auf die innere wie die auswärtige Politik in gleicher Weise ungünstig zurückwirken würde. Hoffentlich würden sich Mittel und Wege finden lassen, die diese unvorhergesehene und unbeabsichtigte Störung, die noch keineswegs eine Krise sei, entschärfen, bevor sie eine Krise werden könne.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags fanden innerhalb der Koalitionsparteien interfraktionelle Besprechungen statt. Heute früh tritt die mehrheitssozialistische Fraktion zusammen, um sich gleichfalls mit der Frage zu beschäftigen, wie sich ein Uebereinkommen erzielen lassen wird, das Weiterungen der Vorkommnisse ausschließt. Die sozialdemokratischen Minister rechnen, wie der „Volksanzeiger“ hört, bestimmt damit, daß sie ihre Fraktionskollegen dahin bestimmen, daß sie damit einverstanden sind, wenn der Reichstanzler heute erklärt, daß der Belagerungszustand nur da aufrechterhalten werden solle, wo er nicht zu umgehen sei, und daß er auch da möglichst milde gehandhabt werde.

Gegen die polnischen Uebergriffe.

In der gestrigen vorletzten Sitzung der Nationalversammlung wurde von den Demokraten eine Interpellation eingebracht, die die Verletzungen des Friedensvertrages durch Polen behandelte. In der Beantwortung der Interpellation erklärte der Außenminister Genosse Dr. Köster:

Die Reichsregierung hat sich bemüht, soweit es nach dem Friedensvertrag irgendwie möglich ist, Abhilfe zu schaffen und wird weiter nichts unterlassen. Mehrere Punkte sind bereits von den Alliierten besprochen, und wo sich irgendwo eine Gelegenheit zur mündlichen Verhandlung über die Verletzung des Friedensvertrages ergab, wird die Regierung es weiter tun. Sie ist auch entschlossen, gegen die Polen alle möglichen Druckmittel auf wirtschaftlichem Gebiet anzuwenden, um sie zur Einhaltung der übernommenen Verpflichtungen zu bestimmen. Für den Zweck ist seit mehreren Wochen gegenüber einer Reihe von Ausfuhrbewilligungen größere Zurückhaltung geübt und die Ausfuhr wichtiger Artikel nur auf Kompensationsverträge bewilligt worden.

Die Zurückführung deutsch-polnischer Staatsbürger des deutschen Stammes ist Tatsache, und sie widerspricht dem Vertrage, nach dem alle polnischen Bürger gleichberechtigt sein müssen. Die Polen mögen sich darüber klar sein, daß auch in Deutschland sehr erhebliche polnische Minderheiten wohnen, die bis jetzt unbehindert der Ausübung ihrer kulturellen Rechte erfreuen. Was würden die Polen wohl sagen, wenn gegen diese Minderheiten die gleichen Maßnahmen angewendet würden? Die lange Hinauszögerung der Option und des Korridorvertrages sind in Paris besprochen worden, und wir haben unseren Wunsch, sie bald zu regeln, nachdrücklich geltend gemacht. Ehe wir auf die anderen Verhandlungen eingehen, müssen die wichtigsten Fragen erledigt werden. Auch werden durch den Reichs- und Staatskommissar über den sicheren Eisenbahnverkehr im Korridor Vorstellungen erhoben. Einzelne Vorschläge werden der Botschafterkonferenz übermittelt werden. Auch die polnischen Untertanen in Oberschlesien sind Tatsache, und die Regierung hat die interalliierte Kommission nachdrücklich auf diese Gefahr aufmerksam gemacht. Der Vorsitzende dieser Kommission in Oberschlesien, der französische General Leron, hat darauf erklärt, solange er an der Spitze dieser Kommission in Oberschlesien stände, werde kein polnischer Soldat das Abstammungsgebiet betreten. Die deutsche Regierung hofft, daß dieser französische General sich an sein Wort halten werde. Auch daß eine weitverzweigte Aufzugsorganisation besteht, ist Tatsache und wurde der interalliierten

Wahlrechtsänderung. Die Wechsellagerung wegen Festlegung einer Wahlkreisgrenze im Bezirk...

Ein Oberlehrer im R. G. P. Der Oberlehrer...

Die Wahlverfahren. Die Wahlverfahren...

Aus den Gerichtsfällen.

Goldhandel mit Zucker. Der Goldhandel...

Ein einseitiger Gestaltungsbruch. Der einseitige...

Verbot der Verträge. Der Verbot der Verträge...

Aus dem Freistadtbezirk.

Einige... Einiges über die Freistadt...

Leinwand-Turnierverband 18. bis 22. Juli. Reichhaltige Weiblichkeiten...

Aus dem deutschen Osten.

Rechtlich. Einmal schlechten Kunde gehen wir in die...

Kommunale Möbelfabriken.

Von Karl Verbe's Hamburg.

Jetzt stehen zwei fast unüberwindliche Hindernisse dem...

Sehr interessant ist es, den Werdegang eines Möbel...

In diesem Beispiel kann auch der Gait sehen, welche...

Nach in geschäftlicher Beziehung ist es eine Wohltat...

Die kommunalen Möbelfabriken müssen in Spezialwerk...

Parteinachrichten.

Die neue Monatschrift der Partei. Der Zentralbildungsausschuss...

Jungsozialisten widmen. Für sie soll sie das geistige...

Die Schrift ist für die Bildungsausschüsse und Jugendvereine...

Gegen Verfassungsgesetze.

Die Parteileitungen der Sozialdemokratischen Partei...

Volkswirtschaftliches.

Langsames Steigen der deutschen Valuta.

Table with 3 columns: Country, 11. Mai, 10. Mai. Rows: Holland, Dänemark, Italien, England, Amerika, Frankreich.

In der Zeit vom 1. bis 10. März kosteten 100 holländische...

Die Valuta ist wie ein Barometer. Sie ist das Zeichen...

Um in den Besitz möglichst hoher Beträge von Devisen...

Die Maßnahme ist nicht ohne Erfolg geblieben, die Steigerung...

Sport und Körperpflege.

Mitteilungen des Arbeiter-Sportvereins.

Freie Turnerschaft Dantzig. Die Turngenossen werden hier...

Leistungskreis „Die Naturfreunde“. Pfingsten (23. und 24. Mai)...

Arbeiter-Radsportverein „Vorwärts“. Sonntag, den 23. Mai...

Büchermarie.

Das Menschenjochhaus. Bilder vom kommenden Krieg von...

Der Rinder Land. Gedanken zum Neuaufbau von Wilhelm...

Der rote Blatte. Gewinnroman von Sven Gleditsch...

